

Liebe Leserin, lieber Leser,

die anhaltend angespannte Lage auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt ist eine der zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen. In unserem Leitbild Wohnen und Mieten in Hannover zeigen wir auf, wie wir uns dieser Herausforderung stellen.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Wohnen und Leben im Quartier der Zukunft

Unter dem Titel „[Hannover Housing](#)“ haben wir vor einer Woche der Presse unser Leitbild „Wohnen und Leben im Quartier der Zukunft“ vorgestellt. Nun liegt neben der Online-Version auch die Broschüre hierzu vor. Das Papier geht zurück auf Überlegungen unserer Bau-AG, die im vergangenen Jahr entwickelt und anschließend mit unserem Stadtverband diskutiert worden sind.

Im Mittelpunkt stehen dabei eine aktivere Flächenpolitik der Stadt, die Erschließung von Reservflächen für den Wohnungsbau, die Nutzung des Erbbaurechts, die Verlängerung und der Umbau der Wohnraumförderung. Die Wohnungs(bau)politik soll stärker an den Bedarfen ausgerichtet werden: Dazu gehören unterschiedliche Wohnangebote je nach Quartier im Geschosswohnungsbau, in Reihen- oder auch Einfamilienhäusern, bis hin zu Tinyhäusern. Barrierefreiheit ist dabei eine Grundvoraussetzung.

Wohnungsbau soll nicht nur gefördert, sondern auch günstiger werden. Hierfür bieten wir ver-

LEITBILD WOHNEN UND MIETEN IN HANNOVER



HANNOVER HOUSING

Wohnen und Leben
im Quartier der Zukunft



Titelblatt der Broschüre



Facebook-Post vom 19. Juni 2021.

schiedene Instrumente an: von Änderungen der Stellplatzsatzung über verschiedene Möglichkeiten des Baugesetzbuches bis hin zu kostengünstigen Bauweisen und -materialien. Eine Zweckentfremdungssatzung und soziale Erhaltungssatzungen („Milieuschuttsatzungen“) sollen vor dem Missbrauch von Wohnraum und vor Gentrifizierung schützen.

Unverzichtbare Partnerinnen beim Wohnungsbau und bei einer sozialen Wohnungspolitik sind unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft hanova WOHNEN wie auch die Wohnungsbaugenossenschaften und andere Baubauunternehmen, die sich mit der Stadt auf ein Bündnis für Wohnen verständigt haben.

Unser Ziel ist es, zehntausend neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren zu schaffen, die Zahl der Belegrechte für einkommensschwache Mieter*innen zu erhöhen und insgesamt den Wohnungsmarkt deutlich zu entspannen.

Neuer Tarifvertrag für die städtischen Beschäftigten

In den vergangenen Tagen haben die Tarifparteien sich endlich auf einen neuen Tarifvertrag für die städtischen Beschäftigten verständigt. Nach monatelangen Verhandlungen haben ver.di und der Gesamtpersonalrat (GPR) einerseits und die Stadtverwaltung andererseits die letzten Streitpunkte ausräumen können.

Bestand unter den Tarifparteien schon lange Einigkeit darin, Beschäftigten mit besonders harten Arbeitsbedingungen (zum Beispiel in der Stadtentwässerung) weiterhin Erschwerungszulagen zu zahlen, so hat der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) dieser Regelung nun zugestimmt. Das Einlenken des KAV ist auch unserer Intervention zu verdanken, da wir uns hier wie auch bei anderen Forderungen hinter die Personalvertretungen gestellt haben.

Verständigt haben sich Personalvertretungen und Stadtverwaltung auch über die externen Auftragsvergaben, die die Stadt künftig bis zu 800.000 Euro ohne Mitwirkung des GPR vornehmen kann. Diese Regelung ermöglicht vor allem Bereich der Digitalisierung schnelle Entscheidungen, die unter anderem zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes notwendig sein werden.

Unklar ist noch, ob der KAV auch der zweijährigen Übernahmegarantie für Auszubildende der Landeshauptstadt zustimmen wird. Dessen ungeachtet wird der „Zukunftsvertrag Beschäftigungssicherung“, wie der neue Tarifvertrag nun heißt, ab der kommenden Woche in den Ratsgremien beraten werden. Der Beschluss durch die Ratsversammlung ist für Mitte Juli vorgesehen.

Aus der Ratsversammlung

Die Eilenriede ist nicht nur Wald, sondern auch ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Menschen in unserer Stadt. Zugleich queren verschiedene Wege, darunter auch wichtige Fahrradrouten, die Eilenriede. Um das Ökosystem der Eilenriede nicht unter zu großen Druck zu setzen, werden dort seit Jahren hie und da Wege zurückgebaut. In einer Anfrage an die Verwaltung wollten wir nun in der Ratsversammlung am gestrigen Donnerstag wissen, welche Pläne und welches Potenzial es gibt, weitere [Wege in der Eilenriede](#) zurückzubauen, ohne dabei die Naherholungsfunktion und die Ansprüche von Naherholung und Radverkehr einzuschränken.

Auf der Tagesordnung der Ratsversammlung standen weiterhin unter anderem der [Zukunftsplan Kultur](#) und unser [Zusatzantrag](#) dazu.

Anhörung zur Bürger*innenbeteiligung

Die Beteiligung von Bürger*innen an Projekten der Landeshauptstadt hat in unserer Stadt eine lange Tradition. Zudem hat die Stadt in den letzten Jahren eine Verwaltungseinheit für Einwohner*innenbeteiligung geschaffen und mit der Erarbeitung von Kriterien hierfür betraut. Gleichzeitig hat sich außerhalb der Ratsgremien eine Initiative gebildet, die einen sogenannten Beteiligungsrat für Hannover einführen möchte.

Um die verschiedenen Aktivitäten zusammenzuführen und zugleich einen Blick in andere Städte zu werfen, die ein erfolgreiches Standardverfahren zu Bürger*innenbeteiligungen etabliert haben, haben wir eine [Anhörung zur institutionalisierten Einwohner*innenbeteiligung](#) beantragt und im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am vergangenen Mittwoch (16. Juni) beschlossen.

„hannocino“ als Mehrweggeschirr

Bedingt durch den Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie hat die Vermüllung unserer Stadt durch Einwegverpackungen deutlich zugenommen. Nachdem die Stadt gemeinsam mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb aha vor drei Jahren mit großem Erfolg den „[hannocino](#)“ als – inzwischen preisgekrönt – Mehrwegbecher eingeführt hatte, wurde dieser nun auch in einer kleineren 0,3-Liter-Version vorgestellt. Zugleich haben wir im Umweltausschuss am 7. Juni beschlossen, dass dieses System auf („hannocino“-)[Mehrweggeschirr](#) ausgeweitet werden soll. In einem Modellversuch soll getestet werden, in welcher Weise die Gastronomie ein solches Angebot vorhalten und stadtweit etablieren könnte.



*Der große und der (neue) kleine „hannocino“.
© aha/Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover*

Stärkung des Kommunalen Präventionsrates

Um präventiven Aspekten in Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum stärker Rechnung tragen zu können, sollen Rat und Verwaltung sich dazu verpflichten, hierauf bei der Entwicklung von sozial-, bildungs-, ordnungs- und städtebaulichen Konzepten mehr Rücksicht zu nehmen. Dazu sollen sie auf die Expertise des Kommunalen Präventionsrates (KPR) zurückgreifen können, während dessen Position zugleich gestärkt werden soll.

Auf dieses Vorhaben haben wir uns mit unseren Partnern von Grünen und FDP verständigt, nachdem unsere Fraktion bereits im Januar einen entsprechenden Antragsentwurf vorgelegt hatte. Dieser Antrag soll in Kürze gemeinsam mit Linke & Piraten und „Die Fraktion“ sowie der CDU eingebracht werden, die zurzeit noch über den Antrag berät.



KOMMUNALER PRÄVENTIONS-RAT

*Logo des Kommunalen
Präventionsrates.
© LHH*



LGBTIQ-Freiheitsraum

Im März hat das Europäische Parlament beschlossen, Europa als Freiheitsraum für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen auszurufen. Es versteht die „LGBTIQ Freedom Zone“ als Bekenntnis zum Schutz der Rechte dieser Menschen. Als erste europäische Stadt ist Lissabon diesem Beispiel gefolgt.

Wir möchten nun Hannover zum ersten deutschen LGBTIQ-Freiheitsraum machen und haben einen entsprechenden Antrag am Dienstag letzter Woche (8. Juni) beschlossen. Wir hoffen nun auf die Zustimmung unserer Partner von Grünen und FDP.

Facebook-Post vom 18. Juni 2021.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>,
Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.